

STABILITÄT DES EURO SICHERN – LEHREN AUS DER KRISE ZIEHEN

Stabilität des Euro sichern - Lehren aus der Krise ziehen

1. Welche europäischen und internationalen Vereinbarungen wurden getroffen, um Griechenland zu helfen?

Die Staats- und Regierungschefs der Euro-Gruppe haben am 25. März 2010 erklärt, dass sie Griechenland freiwillige, bilaterale Kredite gewähren, wenn das Land auf dem freien Markt keine neuen Kredite mehr aufnehmen kann und damit eine Gefahr für die Stabilität des Euro droht. Hinzu kommen auf Betreiben der CDU-geführten Bundesregierung Finanzhilfen des Internationalen Währungsfonds (IWF), mit denen die bilateralen Kredite zu einem Hilfspaket gebündelt werden. Am 23. April 2010 hat die griechische Regierung offiziell den Hilfsmechanismus ausgelöst und am 2. Mai 2010 einem drastischen Spar- und Reformprogramm zugestimmt. Das Hilfsprogramm hat eine Laufzeit von drei Jahren. Griechenland erhält 30 Milliarden Euro vom IWF und 80 Milliarden Euro von den anderen 15 Euro-Ländern.

2. Wie sieht der deutsche Anteil des Hilfspakets für Griechenland aus?

Die deutsche KfW-Bank gibt in diesem Jahr einen Kredit von bis zu 8,4 Milliarden Euro, in den nächsten zwei Jahren bis zu 14 Milliarden Euro. Diese Kredite werden vom Bund lediglich verbürgt, d. h. es gibt keine direkten deutschen Haushalts- und Steuermittel für Griechenland. Das Ausfallrisiko ist gering. Mit einer Ausnahme wurden alle bisherigen Kredite mit IWF-Beteiligungen zurückgezahlt. Griechenland muss die Kredite mit Zinsen von etwa fünf Prozent zurückzahlen. Deutschland muss derzeit etwa drei Prozent für Schulden zahlen. Es ist sogar denkbar, dass der Kredit am Schluss zu einem Überschuss führt.

3. Verletzt die Griechenlandhilfe nicht den EU-Vertrag?

Im EU-Vertrag gibt es eine Bestimmung, dass kein Euro-Land gezwungen werden kann, für die Schulden eines anderen Euro-Landes einzutreten („No Bailout-Klausel“). Das ist bei der nun beschlossenen Nothilfe für Griechenland auch nicht der Fall. Wir übernehmen keine Schulden von Griechenland. Diese Vertragsklausel verbietet aber nicht, dass wir freiwillig einem in Not geratenen Euro-Mitglied helfen können. Der Vertrag verpflichtet die EU-Mitglieder vielmehr zu einer stabilen Währungsgemeinschaft. Ohne diese Hilfen wäre die Stabilität des Euro in Gefahr geraten. Wir werden auch in Zukunft darauf achten, dass die Eigenverantwortung der Euro-Mitgliedstaaten erhalten bleibt.

4. Warum hat die CDU-geführte Bundesregierung eine europäische Vereinbarung nicht schon früher abgeschlossen?

Erst am 23. April 2010 hat Griechenland um Hilfe nachgefragt. Vorher konnte Griechenland selbst am freien Kapitalmarkt Geld aufnehmen. Erst dann drohten die Zahlungsunfähigkeit Griechenlands und die Instabilität des Euro.

Hätte die CDU-geführte Bundesregierung schon früher eine Vereinbarung mit Griechenland geschlossen, wäre das Land nicht bereit gewesen, den wirklich harten, aber notwendigen Sparkurs einzuschlagen, dem es jetzt zugestimmt hat. Er wäre nicht abschreckend für andere Euro-Mitgliedstaaten gewesen, die auch eine hohe Verschuldung aufweisen. Die Finanzmärkte hätten auf einen Dominoeffekt spekuliert, der auch die Bonität Deutschlands beeinträchtigt hätte.

5. Wie sieht das griechische Spar- und Reformprogramm aus?

Die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank (EZB) und der Internationale Währungsfonds (IWF) werden die griechischen Haushaltspläne streng und laufend überwachen. Die griechische Regierung verpflichtet sich, das Haushaltsdefizit von 13,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in diesem Jahr um 6,5 Prozent zu senken. Zum Vergleich: In Deutschland entspräche das einem Sparpaket von 170 Milliarden Euro. 2014 muss Griechenland wieder die Drei-Prozent-Grenze bei der Neuverschuldung einhalten. Griechenland hat Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst und bei Pensionen im zweistelligen Bereich sowie eine erneute Erhöhung der Mehrwertsteuer beschlossen, die damit in diesem Jahr insgesamt von 19 auf 23 Prozent steigt. Das Renteneintrittsalter wird schrittweise angehoben. Langfristig sind die beschlossenen Strukturreformen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Volkswirtschaft im EU-Binnenmarkt noch wichtiger. Beim Besuch des griechischen Ministerpräsidenten Papandreou in Berlin im März 2010 wurde eine enge bilaterale Zusammenarbeit vereinbart, um Griechenlands Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

6. Können wir unser Darlehen einbehalten, wenn Griechenland seinen Verpflichtungen nicht nachkommt?

Die Umsetzung des griechischen Spar- und Reformprogramms wird streng und laufend überwacht. Der IWF erstellt vierteljährlich einen Bericht. Hält Griechenland seine vertraglich niedergelegten Verpflichtungen nicht ein, dann sind auch der IWF und die

Euro-Länder nicht verpflichtet, die nächsten Kreditzahlungen auszuführen. Diese strengen Auflagen werden auch in der Begründung des deutschen Gesetzes für die Ermächtigung des KfW-Kredites explizit genannt.

7. Ist damit zu rechnen, dass Griechenland seine Kredite zurückzahlt?

Entscheidend ist, dass Griechenland den politischen Willen aufbringt, das Spar- und Reformprogramm umzusetzen. Die Mehrheit der griechischen Bevölkerung unterstützt die ergriffenen Maßnahmen. Die Griechen haben erkannt, dass sie notwendig sind, damit das Land wieder aus der Krise herauskommt. Griechenland ist sich bewusst, dass es seine Pflichten erfüllen muss, um weiter der Eurozone angehören zu können.

Hinzu kommt, dass durch eine gemeinsame Vergabe von Krediten zusammen mit den anderen 14 Mitgliedstaaten der Eurozone die Möglichkeiten der politischen Einflussnahme auf Griechenland besonders groß sind.

Zusätzlich treffen die harten Kreditkonditionen des IWF für die Rückzahlungsfähigkeit Griechenlands Vorsorge. Die IWF-Kredite können grundsätzlich nicht umgeschuldet werden. Das hat in der Vergangenheit dazu geführt, dass die vom IWF vergebenen Kredite mit Ausnahme des Falls Argentinien zu 100 Prozent zurückgezahlt wurden.

8. Warum überhaupt ein Hilfspaket? Was haben wir davon?

Wir helfen Griechenland nicht aus Großzügigkeit, sondern weil die Stabilität des Euro in unserem eigenen Interesse ist. Wir wollen, dass auch in Zukunft das Versprechen eingehalten werden kann, dass der Euro mindestens so stabil wie die D-Mark ist. So wie die Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers das Weltfinanzsystem an den Rand des Abgrunds gebracht hatte, würde eine Insolvenz Griechenlands den gesamten Euro-Währungsraum destabilisieren und durch einen möglichen Dominoeffekt politische und wirtschaftliche Krisen auslösen, die wir nicht mehr beherrschen könnten. Selbst das Friedenswerk der europäischen Einigung geriete ins Wanken. Deshalb betonte Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung am 5. Mai 2010: „Europa steht am Scheideweg!“

9. Wäre eine Umschuldung Griechenlands nicht die bessere Alternative?

Deutsche Banken und Versicherungen halten griechische Staatskredite im Wert von 42,6 Milliarden Euro. Sie müssten Milliardenbeträge dieser Forderungen abschreiben. Dies käme dem deutschen Steuerzahler teuer zu stehen, denn ohne öffentliche Unterstützung würde der Konkurs systemrelevanter Banken drohen.

In Griechenland würde eine Herabstufung des Ratings der Staatsanleihen auch den Zugang griechischer Geschäftsbanken zum Kapitalmarkt weitgehend verriegeln. Eine Bankenkrise in Griechenland wäre nicht auszuschließen. Eine massive Kreditklemme für griechische Unternehmen und Haushalte sowie ein möglicher Zusammenbruch der gesamten griechischen Volkswirtschaft wären die Folgen.

10. Werden private Gläubiger und Banken am Hilfspaket beteiligt?

Eine Teilnahme in Form einer nicht-freiwilligen Umschuldung kommt nicht in Frage, weil sie gleichbedeutend mit einer Insolvenz Griechenlands wäre mit all den genannten Folgen, die wir mit dem IWF-Paket vermeiden möchten. Allerdings haben die Finanzminister der Euro-Gruppe vereinbart, dass sie mit den Banken sprechen, damit diese Griechenland freiwillig helfen. Die deutsche Finanzwirtschaft hat in einem Spitzengespräch am 4. Mai 2010 mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble zugesichert, zusammen mit ihren europäischen Kollegen einen spürbaren, positiven Beitrag leisten zu wollen. Insbesondere wollen sie die bestehenden Kredite gegenüber Griechenland für die Dauer des IWF-Programms verlängern und soweit es geht erweitern.

11. Was sind die Vorteile des Euro für Deutschland?

Deutschland profitiert als Vize-Exportweltmeister enorm vom Euro. Der Euro und der EU-Binnenmarkt mit seinen 500 Millionen Konsumenten sind wesentliche Voraussetzungen für unsere Exporterfolge. Rund zwei Drittel unserer Exporte gehen in den EU-Binnenmarkt.

Hätten wir keinen Euro, hätten wir wieder Wechselkurskrisen wie in alten Zeiten. Unfaire Abwertungen würde die Gefahr von protektionistischen Vergeltungsmaßnahmen nach sich ziehen. Damit wäre auch der EU-Binnenmarkt mit seiner Bedeutung für den deutschen Wohlstand und die Arbeitsplätze in Gefahr. Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) hat errechnet, dass der EU-Binnenmarkt rund 5,5 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland sichert. Innerhalb der Eurozone gibt es keine

Wechselkursschwankungen mehr. Die deutschen Unternehmen können damit rund zehn Milliarden Euro einsparen, die sie sonst für Kurzsicherungsgeschäfte ausgeben müssten.

12. Welche Lehren ziehen wir aus der Griechenland-Krise?

Damit sich eine solche Situation nicht wiederholt, wollen wir, dass der Euro-Stabilitätspakt in Zukunft konsequent durchgesetzt und verschärft wird. Dazu können Kürzungen der EU-Strukturmittel und ein Stimmrechtsentzug für chronische Defizitsünder genauso gehören wie ein geordnetes Insolvenzverfahren für betroffene Staaten, bei dem insbesondere Spekulanten auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten müssen.

Die CDU-geführte Bundesregierung wird sich einsetzen für ein Verbot „ungedeckter Leerverkäufe“ von Finanzmarktinstrumenten, die Schaffung einer unabhängigen europäischen Rating-Agentur, die Regulierung von Rating-Agenturen sowie von Finanzprodukten und Finanzmarktteilnehmern (Beispiel Hedge Fonds). Zudem soll der Kauf von Kreditausfallversicherungen (CDS), die nicht zur Absicherung eigener oder mandatierter Risiken dienen, umgehend verboten und die Erhebung einer am Risiko ausgerichteten Bankenabgabe vorangetrieben werden, damit der Finanzsektor bei Krisen selbst gewappnet ist. Deutschland wird sich in Europa und in der G 20 Gruppe für die Umsetzung der jetzt vom Internationalen Währungsfonds vorgelegten Vorschläge zur Beteiligung des Finanzsektors an Krisenkosten einsetzen.